

Änderungsantrag der Fraktion **DIE LINKE.**

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2010 und 2011

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.05	Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB XII und II
Produktgruppe:	41.05.04	Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 2700 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 2700 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3472	Hilfe und Leistungen nach dem SGB II
Titel:	681 01-9	Kosten der Unterkunft

Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 160 361 000 € um 2 400 000 € auf 162 761 000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 162 158 000 € um 2 400 000 € auf 164 558 000 € erhöht.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3472	Hilfe und Leistungen nach dem SGB II
Titel:	681 02-7	Leistungen für Wohnraumbeschaffung und Umzüge

Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 500 000 € um 300 000 € auf 800 000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 503 000 € um 300 000 € auf 803 000 € erhöht.

Erläuterung:

- a) Von Juli 2009 bis März 2010, also für einen Zeitraum von neun Monaten, ist durch die Übernahme der gerichtlich durchgesetzten tatsächlichen Kosten der Unterkunft (KdU) laut Ressort mit Mehrausgaben von 1,86 Mio. € zu rechnen. Die eingestellten Mittel bilden die entsprechenden Mehrkosten für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 ab.
- b) Im Gegensatz zu früher wird KdU-Empfangsberechtigten keine Kautions für neu anzumietende Wohnungen mehr vorgestreckt. Wohnraum, der für SGB-II-Empfänger/-innen ohne Kautions zu mieten ist, ist allerdings extrem beschränkt. Die eingestellten Mittel erlauben es, Kautions erneut vorzustrecken.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.